

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1870

10.5.1870 (No. 108)

Badischer Beobachter.

Bureau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 108.

Preis 1 R. 12 Kr. durch die Post 1 R. 18 Kr. vierteljährlich.

Dienstag, 10. Mai

Insertionsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 3 Kreuzer.

1870.

Die Blutthat in Griechenland.

Man braucht zwar gerade nicht in die Ferne zu schweifen, um „moralisches Unkraut“ kennen zu lernen; aber es besteht doch Gottlob noch eine erfreulich große Verschiedenheit des Grades. In Italien hat gerade die „Freiheit“ noch gefehlt, um dem Banditenunwesen das üppigste Aufsprießen zu verleihen; noch größer stellt sich aber dessen Blüthe auf dem klassischen Boden Griechenlands; höchstens Rumänien und Ungarn können allenfalls Anspruch darauf machen, noch weiter zu den sichersten Ländern Europas zu zählen. Die Hentearbeit Rußlands in Polen ist eine Angelegenheit, um die sich keine hohe und niedere Diplomatie scheert; das sind Kappaltensachen; wenn aber den gehätzelten Juden, welche den Papierchenshandel im Schwange erhalten, irgendwo ein Haar gekrümmt wird, flugs sind die Schutzmächte bei der Hand mit gerunzelter Stirne Drohnoten zu schreiben. Die Katholiken aber dürfen malträtirt werden nach Herzenslust — da wird nicht einmal mit ein Bischen Grimm geblinzelt, aus purem Uebermaß von Respekt vor dem holdseligen Liberalismus nebst Geld- und Preß-Judenthum. Man käme beinahe auf den Wunsch, es möchten die 700 Väter des heil. ökumenischen Concils ebenso viele Kriegsfürsten sein, ein Jeder derselben mit einer Armee von Schmittern, um die Welt, welche längst sich dazu eingeseift hat, glatt zu rasiren von dem „moralischen Unkraut“ allerlei Art und Kalibers. Dieses Gleichniß, welches man uns nicht als Ehrfurchtsverletzung deuten wird, ist von der „sittlichen Entrüstung“ ausgepreßt, wozu wir doch wohl auch ein Recht haben. Die sittliche Entrüstung ist zwar so zu sagen zu einem Stück Erbpacht jener Seite geworden, die sich seit dem glorreichen deutschen Bruderkriege die nationalliberale glaubt nennen zu müssen, um sich unkenntlich zu machen gegenüber der frühern Erscheinung als eleganter Nationalverein mit Gut und Blut für das gute Recht Schleswig-Holsteins und mit Percut dem Bismarck. Die Russen sind im Vergleich zu uns viel bescheidener; sie respektiren aufs gewissenhafteste das Privilegium der nationalliberalen sittlichen Entrüstung. Wir haben noch nichts davon gehört, daß Rußland sich sittlich entrüstet hätte über die Frevelthat bei Marathon. Es läßt sich von dem Wiener „Judenblatte“ hierher die sehr zutreffende Bemerkung borgen, daß, wenn der Vorfall auf türkischem Gebiete sich ereignet, Rußland ganz Europa mit seinem Alarmruse erfüllt haben würde, daß die Türkenhunde, diese Feinde des Kreuzes, mit Feuer und Schwert vertilgt und aus Europa hinausgeworfen werden müßten. Als eine der Schutzmächte, welche überdies eine Großfürstin auf dem griechischen Königsthronen sitzen hat, werden wir Rußland seine Energie in der zärtlichsten Weise dahin entwickeln sehen, daß die Zuchtrüthe, welche das aufbrausende England in der ersten Hitze schwingen wollte, davor behütet wird, die zarte Haut des theuren Schützlings zu berühren. Man wird sich auf eine Verwarnung beschränken, mit

der Versicherung künftigen Wohlverhaltens begnügt sein, und im Uebrigen kann dann Alles beim Alten bleiben. Warum waren die umgekommenen Engländer und der Italiener so leichtsinnig, auf das Wort eines griechischen Kriegsministers sich zu verlassen! Wir meinen auch in der nationalliberalen und Berliner officiösen Presse nicht jenen Grad von sittlicher Entrüstung zu gewahren, mit dem man jederzeit so freigebig aufwartet, wenn sich über die Partikularisten, welschen Reptile und über die Ultramontanen sittlich entrüstet werden soll. Der Grund wird darin liegen, daß Rußland, auf das man zählt, mit dem man auf dem freundschaftlichsten Fuße bleiben will, nicht unangenehm berührt werden soll. (Schluß folgt.)

△ Karlsruhe, 9. Mai. Das weitere Mittel, eine Wendung zu besseren Zuständen herbeizuführen, bildet die Presse. Auch hier schädigt ein Jeder sich selbst und seine Mitbürger durch Vernachlässigung. In dieser Beziehung wollen wir das schon vielfach Gesagte einen Nordamerikaner, der in der Freiheit lebt, die in Deutschland noch vielfach entbehrt wird, vortragen lassen. Die „Kath. Volksztg.“ von Baltimore schreibt desfalls: „Die Häuser der Katholiken müssen rein gefegt werden von den schlechten Blättern. Schlechte Blätter sind jene, welche die Religion verunehren, gute Sitten verpesten, und Jahr aus Jahr ein Alles, was heiligen und religiösen Leuten noch ehrwürdig und heilig ist, in rohester Art mit Füßen treten. Wenn ein Blatt fast Tag für Tag über Papst, Kirche und Priester schimpft, wenn es kath. Einrichtungen, heißen sie, wie sie wollen, mit Schmutz und Hohn bedeckt, so ist der Katholik entweder stumpfsinnig oder überzeugungslos, der solche Schandzeitungen mit unter seinem Dache existiren läßt. Man muß endlich einsehen, daß es mehr als einseitig ist, wenn man die Mißhandlung seiner Ueberzeugung mit seinem Gelde noch bezahlt! Ein furchtbarer Krebsknoten ist in der Gegenwart die zügellose, kirchenfeindliche Presse. Von kaltem, jedoch thatkräftigem Haffe befeelt, verfolgt sie die kath. Religion als auszurottenden Aberglauben mit der grenzenlosesten Frechheit und in der raffiniertesten Weise. Hier muß das Messer gebraucht werden und das Brenneisen; in anderen Worten: wir müssen der schlechten Presse eine ihr an Stärke gewachsene gute entgegensetzen. Viele meinen, die Kanzel sei der geeignetste Platz, diesem Uebel zu steuern; doch die Worte des Priesters verhallen zwischen den Mauern der Kirche; sie mögen einige Herzen gerührt haben, aber Lüge und Laster wuchern draußen ungestört, sogar unter dem Schatten des Kirchturmes. Das Wort des Priesters ist ein Schwert, die Presse hingegen eine Kanone, und was nützt ein Schwert gegen ein solches Nord-Instrument! Was würde eine Schaar muthiger Tempelritter mit funkelnendem Stahl gegen ein Häuflein feiger Kanoniere mit Pulverdampf und Kugelregen ausgerichten? Der Kanone muß man Kanone entgegensetzen, und je hef-

tiger dann der Kampf, je häßlicher die Lüge, je beißen-der der Wiß und je schneidender der Hohn, desto herrlicher und erhabener der Sieg der Wahrheit. Die Unterstützung der kath. Presse ist eine Pflicht, deren Vernachlässigung mehr oder minder zur Gewissenssache wird.“ — So weit der Freund jenseits des Weltmeeres. Wir cisooceanische Katholiken, noch dazu bestregierte Cisooceaner, haben es noch viel nöthiger, der Anleitung des freien Amerikaners zu folgen, da bei uns die kirchenfeindliche Presse nicht wie in den amerikanischen Freistaaten auf sich selbst und ihre alleinigen Mittel angewiesen ist, sondern sowohl für die politische, wie für die religiöse Tendenz gewalttragende moralische und materielle Unterstützung genießt. — Während der Zeit also, in welcher die kath. Volkspartei nicht mit wandernden Kasino's, mit Wahlen, Adressen etc. beschäftigt ist, darf die Thätigkeit nicht einen Augenblick stille stehen. Außer der Bildung von immer zahlreicheren Vereinen sollten die Katholiken, ohne Unterschied des Geschlechtes, es sich zur angelegentlichsten Aufgabe machen, die feindlichen Blätter abzuschaffen, ihre Verbreitung zu hindern, durch Entziehung der Einrückungen, Anzeigen etc. ihren materiellen Bestand zu schwächen und dagegen die Pressorgane der eigenen Partei auf alle Weise zu unterstützen.

Vieles von dem Widerwärtigen und Drückenden, das wir zu leiden haben, kommt auf Rechnung von Unwissenheit und falschen Vorstellungen bezüglich des Katholizismus. Es sind jetzt die Tage der Aufklärung angebrochen, in welchen die Vorurtheile verschleudert werden müssen, und die kath. Presse hat das Werk der Aufklärung zu übernehmen. Sehr richtig lesen wir in der jüngst erschienenen Broschüre: „Die Märtyrer der protestantischen Intoleranz im Vergleich zu den Opfern der spanischen Inquisition. Von der Rothwehr abgebrungene historische Sittenbilder, Hr. Direktor v. Kaulbach gewidmet.“ Augsburg 1870, Verlag der Kranzfelder'schen Buchhandlung. — auf welche Broschüre wir noch näher zu sprechen kommen —: „Denn immer und überall, während die Katholiken schliefen und in übertriebenem Gottvertrauen sich auf Gebet beschränkten, waren ihre Gegner um so rühriger, und arbeitete das satanische Element um so eifriger. Beweise davon in Wort und Bild bestätigen dieses. Um so wachsammer müssen die Wächter des wahren Glaubens sein und zu dem kath. Gebete, dem Glauben der Kirche und der Frömmigkeit in der That sich die Vorzüge der protestantischen Erziehung und der rastlosen Thätigkeit der Gegner anzueignen suchen, um stets gewappnet Angriffs, wie jene auf den hl. Arbues de Epila, mit den Worten Görres' entgegneten zu können: Wir Alle, Katholische und Protestantische, haben in unseren Vätern gesündigt und weben fort an der Webe menschlichen Irthales, so oder anders. Keiner hat das Recht, sich in Hoffart über den Andern hinauszusetzen, und Gott duldet es an Keinem.“ (Görres, Kirche und Staat nach Ablauf der Kölner Irrung. S. 230.)

Berschiedenes.

Berlin, 2. Mai. Dem Bundeskanzleramt ist von dem Generalkonsul des norddeutschen Bundes in London eine Mittheilung der dortigen Auswanderungsbehörde zugegangen, in welcher vor Auswanderung von Feldarbeitern nach Venezuela und anderen Ländern der Nordküste von Südamerika gewarnt wird. Laut Bericht des britischen Vertreters in Caracas ist das Schicksal einer Anzahl unlängst in Ciudad Bolivar in Venezuela gelandeter Auswanderer sehr traurig gewesen. Den Bundesregierungen ist die erforderliche Anzeige behufs weiterer Mittheilung an die Landesbehörden geworden.

Berlin. In einem der hiesigen Kaffeehäuser wurde ein etwa sechsjähriger Knabe erwischt, als er mit großer Geschicklichkeit einer Dame das Portemonnaie aus der Tasche zog. Er hatte sich, wie schon vorher an andern Damen, bei denen er wohl nichts gefunden haben mochte, mit so liebevollem Gesichtsausdruck in die Falten ihres Kleides geschmiegt, daß die Nachbarn ihn für das Kind derselben hielten und nur als eine Unart die kleine Schandthat zur Sprache brachten, die sie beobachtet hatten. Den zweiten Beweis seiner Geschicklichkeit gab der talentvolle Knabe, indem er den nach Polizei suchenden Leuten spurlos zu entflüpfen wußte.

Lampertheim, 2. Mai. In der letzten Woche wurde ein Mörder von hier von den Affisen verurtheilt. — Heute habe ich schon wieder einen Mord zu melden. Zwei Arbeiter, Holzschneider, welche an einer Säge arbeiteten, geriethen, von Branntwein erhitzt, in Streit, in Folge dessen der Eine den

Andern erschlug. Beide sind verheiratete Männer, Väter von mehreren Kindern. — Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird von einer nicht unbedeutenden Anzahl verkommener Subjekte aus der badischen Gemeinde Käferthal in den Waldungen der Gemarkung Birnheim die Wildbieberei geschäftsmäßig betrieben, und sind dieser Tage zwei Sendarmen nach letztgenanntem Orte kommandirt worden, um mit Unterstützung des dortigen Forstpersonals, welches mit diesen verwegenen Menschen bereits blutige Kämpfe hatte, dem Unfug in gebührender Weise entgegenzutreten. Hoffentlich wird sich uns zur Berichterstattung über ernstere Vorgänge keine Veranlassung bieten. (W. B.)

Mainz, 4. Mai. In der Reuthorlaserne hat sich vorgestern ein Soldat erschossen. — In einer hiesigen Wirtschaft hat sich in der Nacht von vorgestern auf gestern ein Fremder mit Blausäure vergiftet. — Ein älterer Mann sprang gestern Nachmittag von der Schiffsbrücke in den Rhein. Es gelang, denselben sofort wieder aufzufischen und auf's Trockne zu bringen.

— Der Sohn des Minister-Präsidenten Grafen Potocki erhielt auf einer Jagd — welcher er auf den Gütern seines Großvaters, des Fürsten Sanguszko in Galizien, bewohnte — einen Schuß, in Folge dessen er anscheinend hoffnungslos darniederliegt. Er soll demnächst nach Lemberg zur weiteren ärztlichen Behandlung gebracht werden.

Ibbenbüren, 26. April. Der „N. Vieles. Ztg.“ wird von hier geschrieben: „Wie wir vernehmen, ist auf den in unserer Nähe befindlichen Bleigruben Platin gefunden worden. Dies wäre das erste Vorkommen dieses technisch und für die Wissen-

schaft so wichtigen Metalles in deutschen Landen. Nur Südamerika und der Ural konnten sich bisher der Gewinnung des Platins und seiner Begleiter rühmen.“

— Es ist nun ermittelt worden, daß Dr. Mund, der bekannte schwedische Naturforscher, eines der vielen Opfer des Exdiktators Lopez ist. Er wurde eine Zeit lang gefangen gehalten und dann hingerichtet. Seine Sammlungen sind glücklicher Weise gerettet und befinden sich auf dem Transport nach Stockholm.

— Wie dem „Standard“ von Rio Janeiro geschrieben wird, wurde der Exdiktator Lopez in dem für ihn verhängnisvollen Gefecht am Antiquaban von einem brasilianischen Sergeanten getödtet, der den bezeichnenden nom de guerre „Chico Diable“ (Francisco der Teufel) führt.

(Eine neue Schandthat) wird aus Irland gemeldet. Sie ereignete sich in der Grafschaft Monaghan und hat muthmaßlich ihren Grund in einem Crawlle zwischen Feinern und Anhängern einer geheimen Pächterverbindung. Gegenüber der Wohnung des katholischen Bischofs von Clogher wurde ein Mann Namens Mac Philipps schrecklich verstückelt vorgefunden. Eine gute Strecke weit fand man die Zähne des Aermsten auf der Straße umherliegen. Außer mehreren anderen Verstückelungen war seine Oberlippe gänzlich weggeschnitten. Er liegt am Sterben. Sechs Leute, welche man am Abend vorher bei ihm gesehen hatte, sind verhaftet worden.

(Lebendig begraben.) Am 22. April sind in einer Schwefelgrube bei Casteltermini auf Sicilien an 40 Arbeiter in Folge eines Erdsturzes verschüttet worden.

Aus Baden, 3. Mai, schreibt der „Pfl. Bot“: „Es ist ergötzlich, die Ausbrüche der Wuth zu verfolgen, welche die Bettelpreußen in ihrer Presse gegen die beiden Abgeordneten Bissing und Lindau tagtäglich loslassen. Den Anlaß nehmen sie hiezu aus der Zollparlaments-Mandatsniederlegung von Lindau und aus dem bekannten Schreiben Bissing's an den Präsidenten des Zollparlaments. Allein wie unbegründet die Vorwürfe gegen beide Abgeordneten sind, wird wohl jeder Unparteiische zugeben müssen, wenn er die notorische Thatsache erfährt, daß Herr Lindau schon am Schlusse des Landtags sehr unwohl geworden war und heute noch nicht wieder hergestellt ist, wenn er ferner das von Hrn. Bissing aus Kattstatt abgeschickte Schreiben genau liest und dann zum Schlusse gelangt, daß die perfide Mittheilung des Bissing'schen Schreibens von Seite des Präsidenten Simson der Bosheit seiner Feinde in Baden den besten Vorschub leistete. Der eigentliche Zweck der Bettelpreußen ist doch kein anderer, als die beiden Abgeordneten bei ihren Wählern herabzusetzen; allein dieses Mandatver ist bis jetzt total mißlungen. Die Wähler in beiden Wahlbezirken betrachten es als das größte Verdienst ihrer Abgeordneten, daß sie sich beim Zollparlament der süddeutschen Fraktion angeschlossen und mit aller Kraft mit dazu beigetragen haben, den schlaunen Plan der Bettelpreußen zu vernichten, aus dem Zollparlament ein Vollparlament zu machen. Dieses einzige Verdienst reicht in den Augen ihrer Wähler hin, beiden Abgeordneten das bisher geschenkte Vertrauen in vollstem Maße zu erhalten; doch ist auch ihr übriges Verhalten in Berlin und namentlich ihre Abstimmung bezüglich der widerwärtigen Tabaksteuer in dankbarem Gedächtniß. Wenn heute wieder eine Wahl in's Zollparlament stattfinden sollte, so werden aus beiden Wahlbezirken jedenfalls keine Vorrufen hervorgehen.“

† Berlin, 7. Mai. In der letzten Stunde hat sich das Blatt noch gewendet. Die Fraktion zur Mainbrücke machte eine letzte Anstrengung zur Erzielung eines Kompromisses, was gelang. Bluntschli, Böck, v. Roggenbach und Genossen stellten Propositionen auf, zu deren Annahme sich eine Mehrheit aus den Konservativen, National-Liberalen und Freikonservativen bildete. Nicht zu gewinnen dafür waren die preussische Fortschrittspartei, die süddeutsche Fraktion und fast alle Wilden, auch einige Bayern, welche sonst zur Mainbrücke gehören. In der Schlussberatung wurde die Erhöhung des Kaffeezolles auf 5 Thlr. 25 Sgr. gegen Ermäßigung des Roheisen- und Eisenzolles mit 186 gegen 84 Stimmen, und bei der Schlussabstimmung die Tarifreform mit 179 gegen 65 St. angenommen. Es haben hiernach beträchtliche Enthaltungen stattgefunden. Dieses an den Haaren kopfüber herbeigezogene Resultat trug denn auch dem Zollparlamente die Ehre ein, heute Nachmittag 3 Uhr durch den König in Berlin geschlossen zu werden. In der Thronrede wird über die Leistungen des Zollparlamentes gesagt: „Geehrte Herren vom deutschen Zollparlamente! Als Ich Sie bei Eröffnung der ersten Session der Legislaturperiode willkommen hieß, deren letzte Session Ich heute schließe, sprach Ich die Zuversicht aus, daß Sie das gemeinsame deutsche Interesse fest im Auge haltend, die einzelnen Interessen zu vermitteln wissen würden. Die kurze, aber bedeutungsvolle Session, welche heute zu Ende geht, hat diese Zuversicht gerechtfertigt. Die Revision des Vereinszolltarifs, welche den Schwerpunkt ihrer Thätigkeit bildete, berührte zahlreiche und wichtige Interessen und mußte deshalb zu einem lebhaften Kampfe der Ansichten führen. Es ist Ihnen gelungen, aus diesem Kampfe zu einem Abschlusse zu gelangen, welcher die großen für die verbündeten Regierungen leitend gewesenen Gesichtspunkte festhält und die streitenden Interessen versöhnt. Sie verdanken dieses Ergebnis dem nationalen Geiste, welcher liebgewordene Wünsche und lebhaft empfundene Besorgnisse zurücktreten ließ vor der Erkenntnis, daß ohne ein Opfer von jeder Seite die im Interesse unseres Vaterlandes gebotene Vollenbung des Ihnen vorliegenden Werkes unerreichbar sei. Die verbündeten Regierungen sind Ihnen in demselben Geiste entgegengekommen und so ist bei allseitigem ernstem Bemühen die Feststellung einer Reform gelungen, welche durch die Beratungen dreier Sessionen gereift war. Diese Reform, indem sie den Tarif vereinfacht und die Beschaffung von Gegenständen des Verbrauchs, von Hilfsmitteln für die Arbeit und von Materialien für die Gewerbe in ausgedehntem Maße erleichtert, eröffnet der Produktion neue Bahnen, sichert dem Verkehr einen weiteren Aufschwung und verheißt dem Wohlstande im deutschen Zollverein eine steigende Entwicklung, während sie durch geringe Mehrbelastung eines Verbrauchsgegenstandes die finanziellen Grundlagen des Tarifsystems wahr.“

Folgende badische Abgeordnete haben für die Erhöhung des Kaffeezolles gestimmt: Dennig, Disjené, Fauler, Frhr. v. Göler, Hebling, Kirsner, Frhr. v. Roggenbach.

Berlin, 7. Mai. Zur Unterstützung des Daru'schen Memorandums hat Hr. v. Arnim in Rom unter dem 23. April eine angeblich energische Zuschrift an Kard. Antonelli gerichtet. (S. Rom.)

△ Aus Westphalen, im April wird gemeldet, wie man im Preussischen noch immer die Parität mißverständlich zum Nachtheile der Katholiken behandelt. In der Stadt Höxter besitzt die kath. Gemeinde, als Mehrheit der Bevölkerung, seit langer Zeit ein Progymnasium, das sie aus ihren eigenen Mitteln unterhalten. Der protestantische Theil der Einwohner gab sich alle Mühe, für ihre Kirche gleichfalls eine solche Anstalt zu erlangen, deren feierliche Eröffnung denn auch leztthin stattfand. Superintendent Beckhaus nannte bei dieser Eröffnungsfeier diejenigen, welche das Chri-

stenthum aus Familie, Schule und Staat verbannen wollen, Feinde des Reiches Gottes; dieses Progymnasium solle im Gegentheile kommode Geschlechter zum Herrn führen. Und Rektor Petri erklärte in seiner Ansprache: Die Kirche sei Gründerin der Bildungsanstalten des Mittelalters gewesen; die Dom-, Kloster- und Parochialschulen hätten den Ruhm ihrer Lehrer und Schüler über ganz Deutschland verbreitet; eine solche Schule sei z. B. Corvey gewesen. Der Redner sprach sich entschieden für Aufrechthaltung der christlichen konfessionellen Schulen aus. Auch der Regierungsvertreter, Geheimrath Wiese, wies auf Corvey hin, als auf eine Stätte, von wo das Licht ausgegangen; denn die Verdienste eines Ausgar und seiner Genossen reklamirte er auch für die evangelische Kirche. — Dagegen ließe sich nun gar nichts sagen; denn was den Katholiken erlaubt ist, kann selbstverständlich auch den Protestanten nicht verwehrt werden; allein der wichtige Umstand, daß die Katholiken zu dieser rein evangelischen Anstalt ebenso gut beitragen müssen, trotz ihrer feierlichen Proteste, während sie ihre Anstalt aus eigenen Mitteln zu unterhalten haben, dies ist, was die in der preussischen Verfassung gewährleistete Parität so schreiend widerum verlegt. Als es sich um die Gründung der Anstalt handelte, simulirte man, als ob es sich um ein „Simultaneum“ — Communalanstalt — handle; nachdem dieselbe aber gegründet war, erklärte man sie öffentlich als ein Vollwerk zum „Festhalten an dem Staube der Väter, an der Lehre der Reformatoren, deren Einbringen hier schwer genug gemacht werde.“ Da sage noch Einer, daß Preußen nicht der Hort des Protestantismus sei.

Ein weiterer Fall wird aus Schlesien bekannt. Man schreibt vom 28. April: Wer sollte es für möglich halten, daß in dem Staate, der sich allen andern deutschen Staaten so gern als Muster präsentirt und in jeder Beziehung die Oberherrschaft über denselben anstrebt, noch eine Klasse von Kirchendienern existirt, die sich mit einem Jahresgehälte von 200 Thalern begnügen muß, während auf den gemeinen Soldaten bei uns jährlich 225 Thlr. verwendet werden! Dennoch ist es so. In Schlesien gibt es noch eine Anzahl sogenannter „Regierungskapläne“, deren Stellen vor mehr als 50 Jahren aus den Mitteln der Klöster-Säkularisation vom preussischen Staate durchschnittlich mit nur 200 Thalern dotirt wurden und bis jetzt, trotz vielfacher Petitionen in dieser Richtung, keine materielle Aufbesserung erlangen konnten. Im Jahre 1868 mit einer solchen Petition abgewiesen, riefen die armen Kapläne die Intervention des hochwürdigsten Fürstbischöfes an, der denn auch ihre neuerliche Petition beim Kultusministerium in Berlin warm befürwortete, allein unterm 16. März l. J. von allerhöchster Stelle nachstehende Antwort erhielt:

„Ew. fürstl. Gnaden beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 12. v. Mts. ergebenst zu erwidern, daß das wieder beigefügte Gehaltsverbesserungs-Gesuch der Inhaber von 36 Kreis-, Vicar- und Kaplanstellen königlichen Patronates zu einer generellen Behandlung des Gegenstandes nicht geeignet ist. Wo in einzelnen Fällen Hilfe Noth thut, werden unter Vorlegung des Sach- und Rechtsverhältnisses die betr. Behörden um Vermittlung anzugehen sein.“ Gg. v. Müllcr.

Stuttgart, 7. Mai. Das heutige Bulletin über das Befinden des Prinzen Friedrich lautet: Se. Königl. Hoh. Prinz Friedrich war gestern den Tag über sehr apathisch und nahm wenig Nahrung zu sich. Puls 96, klein. — Der Abg. Probst ist für den zum Minister ernannten Kammerpräsidenten v. Gexler in den landständischen Ausschuss berufen worden. — Zwischen Württemberg und Bayern ist ein Jurisdiktionsvertrag zum Abschluß gekommen, analog dem zwischen dem norddeutschen Bunde und Baden. Ueber einen württembergisch bayerischen Jurisdiktionsvertrag mit dem norddeutschen Bunde wird von Bayern und Württemberg gemeinschaftlich verhandelt.

— Tübingen, 6. Mai. Die Frequenz der hiesigen Universität hat im Vergleich zu der des vorigen Semesters um ein Bedeutendes zugenommen.

† München, 6. Mai. Der IV. Ausschuss der Kammer der Abgeordneten hat zum Referenten über das Wahlgesetz den Abg. Bezirksamtmann F. Kav. Maier zu Landsberg gewählt. Die Nachricht von dem Besuche unseres Königs am preussischen Hofe soll nach der „Südd. Post“ eine tendenziöse Erfindung des Berliner Preßbureaus sein.

•. Wien, 7. Mai. Es hat eine Ergänzung des Uebergangministeriums stattgefunden. Zu den H. H. Potocki, Taaffe, Tschabuschnigg und Depretis treten ein Baron Petrino, Baron Widmann, beide zu Ministern ernannt. Taaffe gibt die Landesvertheidigung an v. Widmann ab; Petrino wird Ackerbauminister. Halzgethan übernimmt für den erkrankten Distler die Leitung der Finanzen. Tschabuschnigg erhält für den Unterricht Czedit als Sektionschef. Die Ausgleichsaktion kämpft fortwährend mit den alten Schwierigkeiten. Das czechische Blatt „Narodni Listy“ bringt Mittheilungen über die Ausgleichskonferenzen. Daß die Czechen niemals den Reichsrath beischicken würden, sagt das Blatt, daran denke wohl Niemand mehr. Von dem Generallandtage hätten die czechischen Ver-

trauensmänner nur die Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses, welche der Krönung vorangehen solle, gefordert. Die Anerkennung des Ausgleiches mit Ungarn hätten die Czechen auch in den Konferenzen nicht verweigert, aber auch den Dualismus nicht anerkannt. Böhmen müsse selbstständig sein, wie es die Deklaration fordere, aber der ungarischen Delegation gegenüber sollten die Landtagsdelegationen Böhmens, Polens und Deutsch-Oesterreichs einen Körper bilden. Endlich solle die Einberufung des nächsten böhmischen Landtages auf Grundlage der 1848er Wahlordnung geschehen. Würde die Wahlordnung der Februarverfassung berücksichtigt, so geschähe dies nur als Concession für die Deutschen.

Ausland.

Paris, 7. Mai, Morgens. Das „Journal officiel“ theilt mit, daß die Zeitungen „Siccle“, „Reveil“ und „Avenir“ wegen Veröffentlichung einer vorgeblichen Proklamation des Kaisers aus dem Jahre 1848 mit Beschlagnahme belegt worden sind. Das amtliche Blatt fügt hinzu: „Die Regierung überläßt es dem öffentlichen Anstandssinne, über ein solches Mandat zu urtheilen und demselben den gebührenden Namen zu geben.“ Das Gerücht, daß der hier anwesende Herzog von Grammont das Ministerium des Aeußern übernehmen werde, erhält sich. Ferner heißt es, unmittelbar nach dem Plebiszit werde eine Gesamtterneuerung des Cabinets stattfinden, mit dessen Bildung Ollivier betraut werden solle.

* Rom, 4. Mai. In der heutigen Generalkongregation votirten bei der Abstimmung über die Vorlage „de parvo catechismo“ gegen 70 Väter mit „placet sub conditione.“ — Erstere werden in ihren Sprengeln den bisherigen Katechismus beibehalten wollen; letztere nichts gegen die Einführung eines Katechismus für den Elementarunterricht in der gesamten kath. Christenheit haben, aber mit der Fassung des vorgelegten nicht ganz einverstanden sein. Sofort in den nächsten Generalkongregationen sollen die Berathungen über die Dekrete „De Summo Pontifice“ und „De infallibilitate“ begonnen werden. — Man erklärt es hier als eine sichere Thatsache, daß das preussische, österreichische, bayerische, englische und portugiesische Cabinet die Schritte des französischen unterstützt haben. Das „Journal de Brux.“ veröffentlicht das Antwortschreiben des Kardinal-Staatssekretärs auf die vielbesprochene und oft bestrittene erste Note des Grafen Daru (worauf wir zurückkommen). Bei Uebergabe des Memorandums soll Antonelli dem Herrn v. Banneville mündlich geantwortet haben: „Wir wollen es aufmerksam durchlesen; wie in unserer Antwort an Hrn. Daru, so betheuern wir wiederholt, daß in dem Schema de Ecclesia nichts enthalten, was den Regierungen Besorgniß einflößen könnte. Folglich sehen wir nicht ein, weshalb es nöthig sein sollte, das Memorandum dem Concil mitzutheilen.“

Rom. Wortlaut des schon erwähnten Postulats, das von einer Anzahl von Bischöfen aus Frankreich, Oesterreich, Ungarn, Italien, England, Irland und Nordamerika den Vorstehenden des Concils überreicht worden ist:

„Wir sind weit entfernt von dem ungerechten Urtheil Jener, welche die Päpste des Mittelalters, weil sie über Könige und Reiche Recht sprachen, eines ungemessenen Ehrgeizes und der Störung der bürgerlichen Ordnung anklagten, vielmehr sind wir völlig überzeugt, daß dieselben rechtmäßig eine Gewalt ausübten, welche nach dem öffentlichen Rechte der occidentalischen Völker ihnen zuzam, und daß für das christl. Volk daraus große Wohlthaten sich ableiteten. Da aber jene Päpste, wie es damals auch der Gelehrteste that, nach dem Maßstabe ihrer Zeit die Vergangenheit beurtheilten, auch durch falsche Nachrichten über Päpste früherer Jahrhunderte, welche Kaiser abgesetzt hätten, getäuscht wurden, so glaubten sie fest und sprachen es in Dekreten und Reskripten aus, es sei ihnen von Gott das Recht verliehen, über alle weltlichen Angelegenheiten rüchrichtlich der Sünde zu gebieten und zu richten; denn Christus der Herr habe dem hl. Petrus und dessen Nachfolgern zwei Schwerter übergeben: das eine das geistliche, das sie selbst trügen, das andere das weltliche, das die Fürsten und Soldaten nach ihrer Weisung zu tragen hätten. Diese Lehre von dem Verhältniß der päpstl. Gewalt zur weltlichen hat Bonifaz VIII. in der Bulle: „Unam Sanctam“ veröffentlicht und allen Gläubigen zur Annahme vorgehalten. Es gibt Einige, die zur Befestigung der Schwierigkeiten behaupten, Bonifaz habe nichts definiert, als: alle Menschen seien verpflichtet, den römischen Papst als das von Christo bestellte Haupt der Kirche anzuerkennen; wer aber die Vorgänge zwischen Bonifaz und Philipp dem Schönen kennt, dem kann die Meinung des Papstes, der auf einer die Angelegenheiten Frankreichs behandelnden Synode die Bulle veröffentlichte, nicht in Zweifel stehen. Der Augenscheinlichkeit widersprechen läßt die Wahrheitsliebe nicht, und ist auch der Klugheit nicht angemessen; denn wer sich solcher Waffen bedient, bietet den Gegnern der Kirche den besten Vorwand, sie zu verleumben und die ihr günstigen Zeugnisse der Geschichte zurückzuweisen. Uebrigens haben die Päpste bis zum 17. Jahrhundert öffentlich gelehrt, die Gewalt über das Weltliche sei ihnen von Gott übergeben worden, und haben die entgegengesetzte Meinung verdammt.“

Eine andere Lehre über die Beziehung der geistlichen Gewalt zur weltlichen legen wir und fast alle Bischöfe der kathol. Welt dem christl. Volke vor. Wir lehren nämlich: Ungleich sei allerdings die Würde beider Gewalten; denn wie der Himmel die Erde überragt, so sind die ewigen Güter, welche den Menschen mittelst der geistlichen Gewalt zukommen, höher als die zeitlichen, zu deren Erhaltung oder Mehrung die bürgerliche Gewalt unmittelbar berufen ist; jede (dieser Gewalten) sei aber in dem ihr anvertrauten Gebiete nach Gott die höchste und in ihrem Walten der andern nicht unterworfen. Der weltliche

Fürst, als Glied der Kirche, sei der kirchlichen Gewalt untergeben, der nach göttlicher Einrichtung das Recht verleihe ist, auch Kaiser und Könige mit kirchlichen Strafen zu ahnden, nicht aber das Recht, sie abzusetzen und die Untergebenen des Gehorsams zu entbinden. Die Gewalt, Könige und Kaiser zu richten, welche die Päpste des Mittelalters ausübten, sei ihnen durch eine besondere Gestaltung des öffentlichen Rechtes zugestanden worden; nach dem vollständigen Umschwung in den öffentlichen Institutionen und selbst in den Privatverhältnissen sei sie jedoch kammt dem Fundamente, auf dem sie ruhte, entschwunden.

Was wir über das Verhältnis der kirchlichen zu der bürgerlichen Gewalt lehren, ist nichts Neues, sondern sehr alt und durch die Uebereinstimmung der hl. Väter und die Aussprüche und das Beispiel aller Päpste bis auf Gregor VII. bestätigt; daher zweifeln wir nicht, daß dies vollkommen wahr sei; denn Gott wollte verhüten, daß wir wegen der Bedürfnisse der Zeiten den richtigen Sinn des göttlichen Gesetzes fälschen sollten! Es müssen jedoch die Gefahren angezeigt werden, welche für die Kirche aus einem Dekrete entstehen würden, das mit dieser unferer Lehre nicht übereinstimmen würde; es ist Niemandem unbekannt, daß es unmöglich ist, die bürgerliche Gesellschaft nach der in der Bulle: Unam Sanctam aufgestellten Regel zu reformieren. Denn es kann den Beschlüssen der menschlichen Meinungen und Einrichtungen weder das von Gott verleihe Rechte, noch die demselben entsprechende Verpflichtung genommen werden. Wenn der römische Papst in dem hl. Petrus die durch die beiden Schwert tropisch bezeichnete Gewalt erhalten und, wie in der Bulle: Cum ex Apostolatus officio behauptet wird, nach göttlichem Rechte die Vollgewalt über Völker und Reiche erlangen würde, wäre es der Kirche nicht erlaubt, den Gläubigen das zu verbergen; denn sie muß bei der Unterweisung Derjenigen, welche sie zur Unterweisung bekommen hat, den Fußstapfen des hl. Paulus folgen, welcher bezeugt: „Ich habe nicht unterlassen, Euch alle Rathschlüsse Gottes zu verkünden.“ Wenn aber die christl. Unterweisung auf diese Art eingerichtet wäre, würde es den Katholiken wenig nützen, lange zu versichern, was die Gewalt des hl. Stuhles über das Zeitliche betreffe, beschränke sich auf die Grenzen der Theorie und habe jetzt kein Gewicht in Bezug auf die Sachen und die Ereignisse; Pius IX. denke nicht entfernt daran, die Oberhäupter der weltlichen Gesellschaften abzusetzen. Denn die Gegner würden höhnisch antworten: Wir fürchten die päpstlichen Urtheilsprüche nicht, aber nach vielen und mannichartigen Verheimlichungen ist es endlich offenbar geworden, daß jeder Katholik, dessen Werte durch den Glauben geleitet werden, ein geborener Feind des Staates sei, da er sich im Gewissen verpflichtet fühlt, alles, was er kann, beizutragen, daß alle Staaten und Völker dem römischen Papste unterworfen werden. Es ist überflüssig, die vielfältigen Verleumdungen und Umtriebe näher auseinanderzusetzen, welche von Seiten der Feinde der Kirche daraus hervorgehen könnten.

Da es sich so verhält, kann es wenigstens für Denjenigen, der diese Schwierigkeiten aufmerksam erwägt, nicht zweifelhaft sein, daß dieselben, ehe die Unschicklichkeit des Papstes verhandelt wird, auf das Genaueste zu diskutieren seien. Die von uns bereits am 11. März geforderten Beprehungen können zur Beleuchtung derselben sehr viel beitragen; aber die Frage, ob Christus der Herr dem hl. Petrus und seinen Nachfolgern eine Gewalt über die Könige und Reiche übertragen hat, ist namentlich in unserer Zeit von so großer Wichtigkeit, daß sie dem Concil direct vorgelegt und von demselben nach allen Seiten erwoogen und geprüft werden muß. Es wäre nicht recht, die Väter zu verleiten, daß sie über einen Gegenstand, dessen Folgen so offen daliegen und die Beziehungen der Kirche zur menschlichen Gesellschaft so mannichfaltig und so tief berühren, ohne genaue und volle Sachkenntnis beschließen. Es ist daher notwendig, daß ihnen die vorerwähnte Frage zur Erwägung vorgelegt wird, ehe man an das 11. Kapitel des Schemas de Ecclesia geht. Wenn es beliebt, möge sie separat vorgelegt werden; da sie aber nicht ordentlich entschieden werden kann, ohne daß das Verhältnis der kirchlichen Gewalt zur weltlichen von allen Seiten geprüft wird, so scheint es uns sehr nützlich, daß die Kapitel 13 und 14 vor dem 11. in Verhandlung gezogen werden.“

Petersburg, 7. Mai. Der österreichische Militär-Attaché, Prinz Arenenberg, wurde heute Morgen in seiner Wohnung ermordet gefunden. Der Thäter ist noch unbekannt.

Buharest, 6. Mai. Durch kaiserliches Dekret werden die Kammern zum 23. Mai einberufen. Der Fürst erließ eine Amnestie für alle politischen und Pressevergehen. Nach offiziellen Mittheilungen herrscht in Letztlich vollste Ruhe und ist in Betreff der stattgehabten Ereignisse die strengste Unterjochung im Gange.

Karlsruhe, 9. Ma. Das heute erschienene Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 30 enthält: Verordnung des Handelsministeriums: den Vollzug des Gesetzes über die Verbesserung der Feldtheilung betreffend.

Karlsruhe, 7. Mai. In Betreff der Kraichgau-Bahn hat das Gr. Handelsministerium, wie die „Hlb. Ztg.“ mittheilt, dem bezüglichen Ausschuss in Bretten unterm 17. v. M. eröffnet, daß im Hinblick auf die zahlreichen bereits auszuführenden Bahnbauten, man nicht in der Lage gewesen sei, auch die Anlage fraglicher Bahn von Berghausen über Bretten und Eppingen nach Grombach, bzw. Steinsfurt, für die nächste Zeit zu beantragen. Uebrigens sei nach den über diesen Gegenstand bei den Ständen gepflogenen Verhandlungen die Anlage einer Bahn, welche mit Verührungen von Eppingen den Weg von Karlsruhe nach Heilbronn thunlichst abkürzt, zur Bervollständigung des Eisenbahnnetzes für wünschenswerth erachtet worden und werde man auf diese Eisenbahnverbindung zu geeigneter Zeit zurückkommen.

Mannheim, 6. Mai. Die „N. B. L. Z.“ schreibt, daß der Herausgeber der „Bad. Correspondenz“, Herr Dr. Bödcher, fast gleichzeitig mit dem bisherigen Generalstabschef, jetzigen Oberstaatsanwalt der Partei, nach Mannheim übergesiedelt ist.

Heidelberg, 5. Mai. Bei der heute stattgehabten Immatrikulations-Tagfahrt wurden neuerdings eingeschrieben: 4 Theologen, 55 Juristen, 12 Mediziner, 3 Chemiker und 15 Philologen und Philosophen, im

Ganzen 89 Studierende, bereits Zugang 311, dem ein Abgang von wenig mehr als 100 gegenübersteht.

Baden, 5. Mai. Die Großh. Regierung macht jedes Jahr ein Verzeichniß bekannt aller Unglücksfälle, welche durch Unvorsichtigkeit u. s. w. veranlaßt werden, um möglichst weitere Unglücksfälle zu verhüten. Wenn aber gewiegte Techniker Fundamente nicht kennen, so wäre es gut, wenn sie noch einen Lehrkurs der Geologie durchmachen würden. Bei den Grabungen zum neuen Dampfbade stürzte gestern die Mauer, welche nächst der Stiftskirche steht, ein, und nur dem Umstande ist es zu verdanken, daß kein Menschenleben zu beklagen ist, daß dieses Ereigniß in die Zeit fiel, in welcher die Arbeiter ihr Abendbrod verzehrten. Ob nun für die Zukunft Vorkehrungen getroffen werden, um ähnlichen Vorfällen abzuwehren, werden wir abwarten; dieser Sache aber unsere ungetheilte Aufmerksamkeit widmen, und dieses um so mehr, als das Fundament der Stiftskirche beschädigt werden könnte, wenn solches nicht ein — Fels wäre. Die schnelle Zudeckung des Einfalles war ein Einfall, den aber auch gewöhnliche Menschenkinder verstehen. Wenn Sprengungen vorgenommen werden, so sollte aber auch die nöthige Vorsicht getroffen werden. — Einer Nachricht von anderer Hand zufolge stürzte eine sehr alte Mauer und mit derselben der Boden bis zu den Pfeilern und Mauern des Chors der Kirche und unter dieselben zusammen. Die Sicherheit der Fundamente des Chors der Kirche gegen diese Seite sei sehr fraglich geworden. Der Einsender sagt, eine solche Katastrophe längt besürchtet zu haben.

Weiter erhalten wir aus Baden vom 7. d. Folgendes: „Eingekandt.“ Wie wir voraussehen, geschah es auch. Ein bekannter, hier weilender Literat, der sich Dr. nennt und die Redaktion des bekannten Speisetzettels, „Badenia“ genannt, führen soll, welchem Blatte wir bald ein Requiescat singen werden, ließ sich herbei, auch unserer Flugchrift mit seinem giftigen, aber unschädlichen Geiße zu besudeln. Wenn wir nicht wüßten, wie es mit dem Herrn steht, so wären wir genöthigt, ein nicht gerade säuberlich gepflastertes Register aufzuschlagen, so beschränken wir uns nur auf das Schreiberconglomerat in seiner Nr. 108. In dem bewußten Artikel sagt der Herr Dr., das Flugblatt sei offenbar bestimmt, konfessionelle Zwietracht in unserer Stadt zu erregen. Eine Frage: Sehen Sie nicht, daß diese Ihre Behauptung gestaltet ist, wie Sie selbst? Wer in aller Welt will den konfessionellen Frieden stören, wenn er verlangt, daß man ihn behandle, wie man Andere behandelt? Und dann, wer stört den konfessionellen Frieden? der, der diese Forderung stellt, oder der, der Andere mißachtet und zurücksetzt? Oder glauben Sie, die altkatholische Stadt Baden hat auf Sie mit Ihren ewigen Hezereien gewartet, damit Sie derselben den Frieden predigen? O Fuchs, der du den Eaten predigen willst!!! Wenn Sie sagen, die Stadt habe sich im vorigen Jahre die Zusammenkunft der katholischen Gesellenvereine verboten, so reden Sie Unwahrheit, denn es waren nur einige Liberale, wenn Sie so wollen, aber noch lange nicht die Stadt. Im wahren freisinnigen Sinne sind die Turner und die Mitglieder der kath. Gesellenvereine gleich in allen Dingen, denn es sind Gesellen oder um seiner zu sagen Arbeiter, aber mit verschiedenem Gebrauche höherer Freiheit. Wenn Sie von Sophisterei sprechen, bitten wir Sie, zuerst bei sich anzufangen, denn schimpfen kann jedes Waschweib. Und schimpfen sollten besonders Sie nicht; sonst wären wir genöthigt, Ihnen einige Lieder und noch nicht bezahlte Noten vorzusingen. Zuerst Haut rein am eigenen Leib, ehe man an Andern die grobe Kratzbürste anlegen will. Dies sei nur eingeschoben, weil es schon längt für Sie aufgehoben.

Sehr wenig Lebenserfahrung müssen Sie genossen haben, sonst würden Sie die Mitglieder der kath. Gesellenvereine nicht so verächtlich behandeln, denn die Meister, die solche Gesellen in Arbeit haben, waren noch nicht zu Klagen veranlaßt; weil eben diesen „einseitigen tendenziösen“ Individuen streng anempfohlen ist Treue, Arbeitsamkeit und Friedfertigkeit gegen ihre Meister. Deshalb wahrscheinlich so gefährlich.

Wer hat denn etwas gegen die Besteuer der Stadtgemeinde? Wir nicht. Uns scheint, daß Sie mit sich selbst nicht ganz zufrieden sind, und da müssen Sie eben Ihren Groll an Jemand auslassen. Allein verderben Sie es nicht ganz mit Badens Bürgerschaft, und seien Sie am rechten Platz gerecht entrüstet!

Um Ihnen dies zu beweisen, sagen wir Ihnen, daß es eine faulstidige Lüge ist, wenn Sie behaupten, die Stadtbehörde wolle mit Festen nichts zu thun haben, welche bloß von gewissen Glaubensverwandten unter sich zu kirchlichen Zwecken gefeiert werden.

Mit dieser Behauptung schlagen Sie sowohl der Stadtbehörde, als auch der ganzen Bürgerschaft ins Gesicht.

Was den Aerger der Flugchrift anbelangt wegen Btheiligung bei der Frohnleichnamspredigt, so haben Sie jedenfalls die wenigen Worte übersehen „was Jedem freisteht.“ Auf der Feuerwehrtafel steht: „Gott zur Ehr“, dem Nächsten zur Wehr. Einer für

Alle, Alle für Einen.“ Ueber Ihr anderes Gewäsche wollen wir hinweggehen, denn da brauchen und wollen wir von Ihnen am wenigsten Belehrung.

Der Verfasser der Flugchrift.
* Karlsruhe, 7. Mai. Wie die „Hrb. Ztg.“ berichtet, haben die hiesigen Schreiner und Glasermeister über die Lohn-erhöhungsansprüche der Arbeiter eine Verathung gehalten, an denen sich auch die Inhaber der großen Möbelfabriken beteiligten. Ihr Beschluß geht dahin, die Forderungen nicht zu bewilligen, lieber eventuell ihre Werkstätte vorübergehend zu schließen, da die gedrückten Preise durch auswärtige Konkurrenz ihnen eine Erhöhung der Löhne, die an sich schon die Löhne an anderen Orten übertreffen, nicht thunlich machen. Es wurde ein Comité gebildet, bestehend aus den Hh. Möbelfabrikanten Haslinger und Himmelheber und Hofglaser Markstahler, welche mit den Arbeitern zu verhandeln haben.

Wie die „Landeszeitung“ aus Pörrach vom 5. d. meldet, hat der Frost in dortiger Gegend in der Nacht vom 4. auf den 5. d. bedeutenden Schaden verursacht. Die Rußbaumbüchsen sollen fast gänzlich errotten sein und die übrigen Obstäume, ebenso die Reben stark gelitten haben. Gleiches wird aus Landau und von Frankfurt aus berichtet.

* Karlsruhe. Am 1. d. wurde hier ein auf Anregung des badischen Frauenvereins gegründeter „Sonntagsverein“ in feierlicher Weise durch Gesang der anwesenden Mädchen und entsprechende Ansprachen des Hrn. Verwaltungsgerichtsrath Wielandt als derzeitigen Präsidenten, und des Hrn. Hosprediger Doll eröffnet. Es will dieser Verein in gewissem Sinne für die durch das neue Schulgesetz in Ausfall gekommenen Sonntags- und Fortbildungsschulen einen Ersatz bieten, aber nicht in der Form einer Schule, sondern in der Weise eines freien Vereins. In der „Hrb. Ztg.“ wird Näheres über die Zwecke, die Organisation und die Leitung dieses Vereins mitgetheilt. Wir vermüthen in dem Berichte jenseitiges Merkmal, daß man bei der Begründung dieses Vereines sich der patriotischen Verhältnisse erinnert habe. Nach den an der Spitze stehenden Persönlichkeiten zu schließen, scheint die Leitung vollständig in protestantischen Händen zu liegen. Man nimmt überhaupt wahr, daß fast durchgängig bei derartigen öffentlichen Unternehmungen der protestantische Theil der Bevölkerung Initiative und Aktion für sich in Anspruch nimmt.

* Baden, 7. Mai. Laut dem Babelblatt wird die königin Auguste von Preußen am 15. d. M. zu mehrtägigem Aufenthalt hier eintreffen. Der Fremdenzufluß ist bereits ein ziemlich lebhafter. In den letzten Tagen u. A. ein Herr Byvyan Cox, Oberst mit Gattin aus England, Mr. Harold aus Birmingham, Baron Verche aus Dänemark, Herr v. Rehbinder mit Gemahlin und Dienerschaft aus Rußland, Mrs. Pribbs mit Familie u. Bedienung aus England, Kommerzienrath Friedberg mit Gattin aus Berlin, Gräfin Puschkin aus St. Petersburg, R. Schramm, fgl. preuß. Generalkonjul a. D. aus Mailand, Baron Urfüll aus Rußland, v. Doppel, Amtshauptmann aus Dresden, Gräfin Rabasthy aus Ungarn, Prinz von Wasa, Mißes Shelton und Bedford aus England, Baron Sched mit Gattin aus Frankfurt, Mrs. Esley und Tompion, Kapitän aus England, Hh. Horle und Andres aus Amerika, Mr. Rathieu mit Familie aus Bordeaux, Mr. Dehan von Lüttich, Napoleon Lebon, Advokat aus Paris, Baron Balland aus Holland, Mr. C. Leslie aus New-York. Stand der Fremdenliste heute 1971.

* Freiburg, 7. Mai. Am nächsten Donnerstag, den 12. d. M., veranstaltet im Museumsaal dahier Herr Pianist Lohrer aus Karlsruhe ein Vokal- und Instrumental-Konzert. Den gesanglichen Theil desselben hatte die fgl. Opernsängerin Frau Behringer gefälligst übernommen, während die Herren Konzertmeister Pieiner und Eichhorn, rühmlichst bekannt durch die Leistungen ihres Streichquartetts, bei dem Es-dur-Trio op. 70 von Beethoven mitwirken werden. Das ganze Programm zuzug von dem feinen künstlerischen Geschmack und der gründlichen musikalischen Bildung des Konzertgebers; denn außer obigem Klaviertrio gelangen ein sehr schönes Klavier-dur von Schubert, sein opus 124 à 4 mains, namentlich aber die große brillante, dem Grafen Waldstein gewidmete Sonate opus 53 von Beethoven und Robert Schumann's höchst origineller und historisch interessanter „Karnaval“ zum Vortrag — durchaus nur klassische Werke, denen sich Gesangskompositionen derselben Meister anschließen. Frau Behringer, bekanntlich eine Schülerin von Stockhausen und Duprez, erfreut sich selbst allenthalben eines solch' guten Andenkens, daß diese wenigen Zeilen genügen werden, die Musikfreunde von nah und fern zu dem uns bevorstehenden Genuße eines in jeder Beziehung gediegenen Künstlerkonzertes zu versammeln.

Neueste Post.

* London, 7. Mai. Die „Morningpost“ beklagt, daß England das Zentrum der Verschwörungen gegen die fremden Regierungen geworden ist und sagt: die politischen Brandstifter, welche hier Freiheit der Aktion haben, vergiften unser eigenes soziales System, indem sie die Zerstörung benachbarter, verbündeter Regierungen vorbereiten. Der „Standard“ sieht das Komplott gegen das Leben des Kaisers Napoleon für vollständig bewiesen an.

* Madrid, 6. Mai. Ardanaz forderte die Cortes auf, schnell zur Wahl eines Königs zu schreiten und dem Umstande Rechnung zu tragen, daß zwei Kandidaten existiren: der Herzog von Montpensier und Espartero. Beim entgegen: Alle Welt wünsche, aus dem Provisorium herauszukommen, aber bis jetzt seien seine Anstrengungen, um Spanien einen König zu geben, nutzlos gewesen. Er halte für notwendig, daß die Cortes ihre konstitutionelle Mission noch beenden, bevor sie auseinandergehen, aber er wisse nicht, ob die Krönung des Gebäudes so geschehen könne, wie Ardanaz es will.

Prim erklärt schließlich, er werde sich keiner Lösung widersetzen. Er wiederholt, daß er nicht in der Monarchenfrage geschlagen werden wolle. Er behauptet die Geradheit seiner Absichten, die Abwesenheit alles Ehrgeizes, und verspricht, daß die Frage vor die Cortes werde gebracht werden, bevor diese sich trennen.

Briefkasten. Den geehrten Einsender des Artikels: Aus dem Amte Radolghell 23. April“ in Nr. 100 unseres Blattes, ersuchen wir um gefällige Wiederholung seiner Adresse. — Nach A. Kirch: Erhalten 10 Jr.

